



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Universitätsbibliothek Paderborn

König Ludwig II. von Bayern

Tschudi, Clara

Leipzig, circa 1910

13. Fürst Hohenlohe. - Politische Schwierigkeiten

[urn:nbn:de:hbz:466:1-47307](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-47307)

13.

Fürst Hohenlohe. — Politische Schwierigkeiten.

Bayern war aus dem Kriege von 1866 mit verhältnismäßig heiler Haut davongekommen. Und dazu hatte Bismarck seine guten Gründe gehabt. Der große Staatsmann sah den kommenden Krieg mit Frankreich voraus, und es war von höchster Bedeutung für ihn, Bayern für seine Zukunftspläne zu gewinnen.

Gleich nach dem Friedensschlusse vertraute er dem bayerischen Minister des Aeußeren an, daß Napoleon der Dritte, der 1866 die Rolle des selbstbestallten Schiedsrichters zu spielen gewünscht hatte, in einem Stücke bayerischen Landes Bezahlung hierfür verlangt habe. Der Minister setzte Ludwig heimlich hiervon in Kenntniß; und die Folge dieser Mitteilung war, daß der König sich entschloß, ein Verteidigungsbündniß mit Preußen zu schließen.

Wenige Tage darauf sandte er König Wilhelm ein eigenhändiges Schreiben, in dem er unter anderem aussprach, daß „eine feste und dauernde Freundschaft zwischen ihren Häusern und Staaten begründet sei“.

Dieses Bündniß zwischen zwei Staaten, die erst vor so kurzer Zeit die Waffen gegeneinander geführt hatten, ward der Öffentlichkeit vorläufig nicht bekannt. Bald jedoch begannen Gerüchte durchzusickern, daß Ludwig im Begriffe stünde, eine Frontveränderung in seiner äußeren Politik vorzunehmen.

Dafür, daß diese Gerüchte die öffentliche Meinung beeinflussten, sollte er bald einen unverkennbaren Beweis erhalten.

Im Herbst 1866 eröffnete er den bayrischen Landtag.

Vom Schlosse fuhr er in einem prachtvollen Galawagen, der mit sechs Hengsten bespannt war, und den eine stattliche Kavalleriegarde in glänzenden Uniformen eskortierte, nach dem Landtage.

Der junge Herrscher war bisher gewohnt gewesen, daß die schaulustigen und loyalen Münchener ihn mit stürmischen Ovationen begrüßten, wenn er sich zeigte, und die Polizei hatte Befehl, der hurrarufenden Menge nicht hindernd in den Weg zu treten, wenn sie sich vordrängte. Aber diesmal wäre ein solcher Befehl nicht nötig gewesen. Die Haltung der Bevölkerung war ganz anders als gewöhnlich: man hörte keinen Hurraruf, und keine Hand rührte sich zum Gruße. Unter drückendem Schweigen fuhr Se. Majestät durch die Straßen.

Das Ganze war eine Parteidemonstration, hervorgerufen durch heftige Agitationen der kirchlichen Partei, die auf den nationalen Saiten zu spielen versuchte.

Das Auftreten der Bevölkerung kränkte den empfindlichen König aufs tiefste, und er nahm sich die kühle Haltung der Hauptstadt so zu Herzen, daß er schwur, sich von diesem Tage ab nicht öfter als höchst notwendig in den Straßen Münchens zeigen zu wollen.

Die Demonstration verfehlte gleichwohl ihren Zweck; denn sie konnte Ludwig keineswegs dazu bewegen, von der Bahn abzuweichen, die er in seiner auswärtigen Politik eingeschlagen hatte.

Kurz darauf wurde sein freundschaftliches Verhältnis zu Preußen eine öffentliche Tatsache.

Am letzten Tage des Jahres 1866 wählte er ein neues Ministerium, dessen Seele der namhafte Staatsmann Fürst Chlodwig von Hohenlohe-Schillingsfürst ward, der in seinen jüngeren Jahren in preussischen Diensten gestanden, und der sich schon 1849 für die Einigung Deutschlands unter der Führung Preußens ausgesprochen hatte. Durch Familientraditionen, durch seine Ausbildung und seine politischen Sympathien war er eifriger Anhänger der Politik Preußens und ein enthusiastischer Bewunderer Bismarcks.

Von Ludwig selbst abgesehen, nahm fast das ganze königliche Haus einen energischen Standpunkt gegen den Chef der Regierung und seine Anschauungen ein. An die Spitze der Opposition des Hofes stellte sich der alte ehemalige König Ludwig der Erste; und ferner schloß sich dieser Partei fast der gesamte Adel sowie ein überwiegender Teil der katholischen Geistlichkeit an.

Der Adel mißtraute Hohenlohe nicht nur wegen seiner bismarckfreundlichen auswärtigen Politik, sondern vielleicht vor allen Dingen auf Grund seiner liberalen Anschauungen. Die katholische Geistlichkeit aber haßte ihn, weil er den Willen und die Kraft zeigte, die Oberherrschaft des Staates in kirchlichen Fragen zu behaupten, und weil er die weitgehenden Forderungen der katholischen Prälaten bekämpfte.

Auch unter einem großen Teile der übrigen Bevölkerung machte sich dieser Unwille geltend. Die breiten Schichten betrachteten ihn als „den Preußen“; und der Preußenhaß war in jenen Jahren im bayrischen Volke sehr verbreitet und intensiv.*)

*) Als ein charakteristisches Beispiel kann das Folgende angeführt werden. Der norddeutsche Dichter Emanuel Geibel war von Maximilian dem Zweiten an den bayrischen Hof berufen worden, wo man ihn zum Professor der Literaturgeschichte und Poesie an der Universität

Im August 1867 gab Hohenlohe im Landtage eine offene Erklärung ab, daß ein Kriegsbündnis mit Preußen geschlossen worden sei.

Die Erklärung weckte gewaltige Erbitterung. Einer der Deputierten raste förmlich gegen die „Sklavenfetten“, mit denen der Fürst Bayern an dieses Land festschmieden wolle, und als ein anderer Redner von der „Bruderhand“ sprach, die Preußen darbiete, holte jener eine Granate hervor, die er 1866 auf dem Schlachtfelde aufgehoben und aufbewahrt hatte, und schrie: „Seht her, hier ist die ‚Bruderhand‘, die Preußen uns darbietet!“

Wie groß die Erregung auch war, so blieb Hohenlohe doch unverdrossen bei seinen Vorbereitungen, Bayern in-stand zu setzen, an dem Bismarckschen Zukunftsplane teilzunehmen.

München ernannte, während ihm der König eine jährliche Ehrengage bewilligte.

Zu der hier behandelten Zeit hielt sich Geibel in seiner Geburtsstadt Lübeck auf; und als König Wilhelm von Preußen dorthin zu Besuch kam, begrüßte ihn der Dichter mit folgenden Versen:

„Und sei's als letzter Wunsch gesprochen,
Daß noch dereinst dein Auge sieht,
Wie übers Reich ununterbrochen
Vom Fels zum Meer dein Adler zieht.“

Dieser lyrische Ausbruch wurde von der „nationalen“ Partei in Bayern äußerst ungnädig aufgenommen und so ausgelegt, als ob der Dichter gemeint habe, Preußen solle sich dieses Land unterwerfen, was selbstverständlich gar nicht seine Meinung gewesen war.

Die Erbitterung war so groß, daß Ludwig sich veranlaßt sah, Geibel die Pension zu entziehen, die ihm sein Vater zugestanden hatte. Aber diese Entziehung weckte Argerniß in Norddeutschland; und der König von Preußen bewilligte dem Dichter als Erstattung eine ähnliche Pension.

Aus Indignation über die Kränkung, die man seinem Kollegen und Freunde zugefügt, verzichtete Paul Heyse freiwillig auf eine Pension, die er bisher vom Könige von Bayern erhalten hatte.

In erster Linie galt es, zu diesem Zwecke das Militärwesen Bayerns zu reorganisieren, das sich in dem Kriege von 1866 als nicht befriedigend gezeigt hatte, und eine seiner ersten und wichtigsten gesetzgeberischen Arbeiten war denn auch ein neues, modernes Militärdienstpflichtgesetz nach preußischem Muster.

Gleich darauf legte er dem Landtage ein Gesetz vor, das darauf berechnet war, die Schule unabhängig von der Kirche zu machen. Als Minister des größten katholischen Staates in Deutschland betrachtete er es außerdem als seine Pflicht, einzuschreiten, als Pius der Neunte die Absicht zu erkennen gab, die Unfehlbarkeit des Papstes zu erklären.

Durch diesen Schritt reizte er die kirchlich-konservative Partei aufs äußerste. Im Jahre 1868 kam es zu heftigen Streitigkeiten zwischen den Partikularisten und den Ultramontanen auf der einen Seite und den Nationalliberalen auf der anderen. Der Haß gegen Preußen und die Furcht vor dem neuen Schulgesetze trieb die Partikularisten, Demokraten und Ultramontanen dazu, ein Bündnis zu schließen, das der Regierung außerordentliche Schwierigkeiten bereitete.

Der Sturm der Gegner vermochte jedoch das Vertrauen des Königs auf seinen Ratgeber nicht zu erschüttern: sowohl in dem Verhältnisse zu Preußen wie in den kirchlichen Kämpfen stellte er sich unbedingt auf Fürst Hohenlohes Seite.

Als es bei den Wahlen im Jahre 1869 den Ultramontanen glückte, eine entschiedene Majorität zu gewinnen, reichte das Ministerium, parlamentarischem Staatsbrauche zufolge, sein Abschiedsgesuch ein. Ludwig jedoch wollte nicht auf seine Minister verzichten, und nun entstand ein heftiger Kampf zwischen der Regierung und der Volksvertretung.

Die oppositionelle Majorität beschloß eine Mißtrauensadresse gegen den ebenso verhassten wie gefürchteten Hohen-

lohe; der Monarch aber wünschte, daß diese im Staatsrat verworfen werden möchte. Durch seinen Zeremonienmeister hat er die Prinzen des königlichen Hauses, sich zu enthalten, gegen den Minister zu stimmen, und persönlich bearbeitete er seinen jungen Bruder in derselben Richtung.

Die Prinzen waren bei der Sitzung auch vollzählig anwesend. Der Vetter des Königs, Herzog Karl Theodor, trat für Hohenlohe in die Schranken; die übrigen aber — ja selbst Otto — stimmten mit der Majorität.

Ludwig war erbittert, namentlich über die Stimmabgabe seines Bruders. Und da er wußte, daß seine Onkel auf den Prinzen eingewirkt hatten, verbot er ihnen als Oberhaupt der Familie und kraft seiner königlichen Macht für einige Zeit den Zutritt bei Hofe.

Eine Deputation, die sich Audienz erbat, um dem Könige die erwähnte Mißtrauensadresse zu überreichen, wurde nicht vorgelassen, und der Zeremonienmeister, der die Herren des Landtages empfing, teilte diesen mit, daß sie die Adresse gefälligst durch seine Minister an Se. Majestät gelangen lassen möchten.

Vorläufig blieb Hohenlohe also am Staatsruder; aber die Gärung im Lande dauerte fort, und die Erbitterung gegen das Ministerium stieg.

Da kam das bedeutungsvolle Jahr 1870. Am 19. Januar erklärte Hohenlohe im Landtage, daß ein Staat zweiten Ranges wie Bayern nur mit einem anderen Reiche alliiert bestehen und daß dieses Reich kein anderes sein könne als Preußen, unter dessen Leitung man im Falle eines Krieges kämpfen müsse.

Sein offenes Bekenntnis rief einen wahren Sturm hervor.

Das Blatt „Das Vaterland“ schrieb: „Fort mit Hohenlohe, der sich zwischen den König und das Volk drängt! — Ein böser Geist schleicht sich durch Bayern!“

Dasselbe Blatt versicherte die Franzosen, daß der Fall des Ministers gleichbedeutend mit der Neutralität Bayerns sein würde. Es fuhr drohend fort: — „Soll das Land wegen eines einzigen Hohenlohe wiederum den Stürmen des Wahlkampfes ausgesetzt werden? Man rechnet vielleicht auf die Preußen. Man hofft, daß Unruhen ausbrechen, welche diesen eine schöne Gelegenheit bieten werden, als Rettungsschar in das Land einzudringen. Landesverräter! Feinde Bayerns und seines Volkes! Sobald ein Preuße die Grenze unseres Landes überschreitet, werden sich sechshunderttausend Franzosen und vierhunderttausend Österreicher in Bewegung setzen, um ihn wieder hinauszurufen. Bayern soll den Bayern gehören!“

In der österreichischen Presse sowie in den Blättern, welche unter dem Einflusse der bayrischen Jesuiten standen, las man ununterbrochen, daß der König unfähig sei zu regieren, und man überhäufte ihn mit Majestätsbeleidigungen.

„Ludwig der Zweite hat durch sein Auftreten das Land in einen fürchterlichen Aufruhr versetzt! Wenn er nicht umkehren und auf klügere Ratschläge hören will, setzt er seine Krone aufs Spiel,“ schrieb die „Unica cattolica“.

Im Anfange des Februar 1870 erklärte Hohenlohe selbst, daß er zurückzutreten wünsche, und obwohl der junge König ihn weiter im Amte behalten wollte, sah der Minister sich nicht imstande, seinen Entschluß zu ändern, den er nur nach reiflicher Überlegung gefaßt hatte.

Höchst ungern bewilligte Ludwig endlich seinen Abschied, und zwar tat er dies auf eine für den Fürsten höchst ehrenvolle Weise, indem er ihm durch hohe Auszeichnungen seine Dankbarkeit und sein Vertrauen bewies.